Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 282 | **Sonnabend, den 4. Dezember 1926** | **78. Jahrgang**

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Unter Zustimmung der Stadtverordneten hat der unterzeichnete Stadtrat beschlossen, den einen Teil des Flurstückes Nr. 1350 des Flurbuches für Pulsnitz bildenden öffentlichen Weg einzuziehen, der von der Dr. Michaelstraße und der Schießstraße, hier in gleicher Linie mit dem Flurstück 530a, begrenzt wird (Verbindungsweg, gelegen zwischen den vormals **J. G. Max Schöne'schen** Grundstücken und dem Grundstücke des Tierarztes **Dr. med. ved. Poth,** zum Teil dem des **Dr. med Schöne).** Der Verkehr wird auf die **Schießstraße** und die **Dr. Michaelstraße** verwiesen.

Entsprechende Zeichnung liegt während der üblichen Geschäftsstnnden zur Einsichtnahme auf dem Rathause hier, **Bauamt** aus.

Widersprüche gegen diese Einziehung sind zur Vermeidung des Verlustes des Widerspruchsrechtes innerhalb 3 Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier einzureichen.

Pulsnitz, am 4. Dezember 1926. **Der Stadtrat.**

Handelskammerbeiträge

Die Handelskammer hat beschlossen, anderweit zur Deckung ihres Bedarfs Handelskammerbeiträge auszuschreiben und zwar **fünf Pfennig** auf die errechnete **Steuermark.**

Den zur Kammer beitragspflichtigen Firmen werden besondere Aufforderungen zur Zahlung des Beitrages zugehen. Die bereits geleistete Vorauszahlungen werden auf die hiermit ausgeschriebenen Kammerbeiträge angerechnet.

Zittau, am 5. Dezember 1926. **Die Handelskammer.**

Das Wichtigste

Italienische diplomatische Kreise wollen von einer Zusammenkunft zwischen Stresemann und Mussolini wissen.

Bei den Wahlen zum dänischen Folkething konnten die Deutschen einen bedeutenden Stimmenzuwachs buchen

Der Entdecker des Typhusbazillus, Prof. Eberth, ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

Die Verhandlungen der Parteien über eine vor Weihnachten zahlbare Winterbeihilfe für die Beamten sind am Freitag noch nicht zum Abschluß gekommen, da die Flügelparteien zu weitgehende Forderungen stellten. Die Verhandlungen sollen am nächsten Donnerstag weiter geführt werden.

Im Laufe des Freitag verhandelte im Reichstage das Reichsfinanzministerium mit den Vertretern aller Parteien über die Zuckersteuerfrage. Die Reichsregierung wird, wie wir hören, zwei Vorlagen vorlegen. In der einen wird die Erhöhung des Zuckerzolles um 5 Mark vorgeschlagen werden; die zweite wird eine Ermäßigung der Zuckersteuer um 7 M pro Doppelzentner und gleichzeitig eine Erhöhung der Branntweinsteuer um 150 M für den hl. vorsehen.

Der Reichstag vertagte sich gestern auf Donnerstag, den 9. Dezember. Es wird dann der Nachtragsetat des Reichswehrministeriums behandelt werden. Die Abstimmung des kommunistischen Mißtrauensvotum gegen Dr. Külz soll am Freitag stattfinden.

In Pariser politischen Kreisen trägt man hinsichtlich der Unterredung Briand-Chamberlain nach wie vor großen Optismus zur Schau und erwartet mit Bestimmtheit eine Einigung der englischen und französischen Auffassungen über die sogenannten deutschen Fragen.

Am Freitag abend 9.15 Uhr ist die deutsche Delegation unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann vom Anhalter Bahnhof nach Genf abgereist. Mit Dr. Stresemann fuhren Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Gauß und als Sekretär der Delegation Gesandschaftsrat Redebammer.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Einweisung.) Auf die morgen im Vormittagsgottesdienst in Kamenz stattfindende Einführung des neuen Superintendenten Dr. Schröder durch den Landesbischof D. Ihmels wird nochmals hingewiesen und zur Teilnahme aufgefordert.

Pulsnitz. (Vortrag.) Auf den heute Sonnabend abends 8 Uhr in Menzels Gasthof-Pulsnitz M. S. stattfindenden Vortrag des homöopathischen Vereins wird nochmals aufmerksam gemacht.

Pulsnitz (Sprechtag) Der Bezirksfürsorgeverband, Abteitung Kriegerfürsorge, Kamenz, hält am Dienstag, den 7. Dezember 1926, nachmittag 1/4 4 bis 6 Uhr im Ratskeller zu Pulsnitz, 1 Treppe, Sprechtag ab. Es werden Versorgungs- und Fürsorgesachen erledigt und entsprechende Anträge und Gesuche entgegengenommen. Bedürftige Veteranenbeihilfenempfänger aus früheren Kriegen können ebenfalls dort vorsprechen.

Pulsnitz. (Lichtbildervortrag.) Deutschland und die Schweiz rüsten sich, des edlen Pestalozzi anläß-

Pariser Vorbesprechungen für Genf

Deutsch-italienische Kolonialverständigung? — Chamberlain-Poincaré-Briand — Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft? — Diskontermäßigung der Reichsbank für Anfang 1927 zu erwarten — Das Schmutz- und Schundgesetz im Reichstag angenommen.

Paris. Die Ankunft des englischen Außenministers Chamberlain und des polnischen Außenministers Zaleski, der als der Vertreter Polens im Völkerbundrat den Umweg über die französische Hauptstadt nach Genf macht, verlegt den Schwerpunkt der internationalen Politik für zwei Tage nach Paris. Es steht fest, daß Briand mit Chamberlain und Zaleski besonders verhandeln wird. Ein Programm für diese Unterhaltungen ist nicht aufgestellt, aber es liegt auf der Hand, daß sie den Auftakt zu der Genfer Konferenz bilden und sich auf die Hauptprobleme beziehen, die dort zur Diskussion stehen.

Kurz nach der Ankunft Chamberlains in Paris traf auch der britische Finanzminister Churchill ein. Es heißt zwar, die Reise Chamberlains hätte keinen politischen Charakter, sondern erfolge aus privaten Gründen. In der britischen Botschaft fand ein Essen statt, an dem Briand, Poincaré, Chamberlain und Zaleski teilnahmen und zu dem auch der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, geladen war. Der belgische Außenminister Vandervelde ist auf seiner Reise nach Genf ebenfalls in Paris eingetroffen.

Die Forderungen der deutschen Delegation in Genf.

Vor der Abreise des Reichsaußenministers mit der deutschen Delegation nach Genf hatte das Reichskabinett nochmals Gelegenheit zu einer Aussprache über die außenpolitische Lage und über die von unserer Delegation in Genf zu verfolgende Politik genommen.

Man steht in politischen Kreisen auf dem Standpunkt, daß die deutsche Delegation nach den schweren Enttäuschungen, die sich auf Grund des Verhaltens der alliierten Kabinette im Anschluß an Locarno und Thoiry ergeben haben, besonderen

Wert auf klar formulierte und unzweideutige Abmachungen

legen muß. Im Mittelpunkt der Genfer Beratungen wird bekanntlich die Militärkontrollfrage stehen, und in den Kreisen der Regierungsparteien ist man der Anschauung, daß die Genfer Beratungen zum mindesten die Zusage eines bestimmten Datums für die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission sowie eine für Deutschland annehmbare Regelung der künftigen Völkerbundkontrolle bringen müssen. Andererseits würde sich nach der Auffassung parlamentarischer Kreise für die deutsche Regierung wohl die Notwendigkeit zu der Feststellung ergeben, daß die in Locarno und Thoiry angestrebte Politik einer deutsch-französischen Verständigung angesichts der in Paris vorhandenen Widerstände nicht durchführbar sei.

Zum Komplex der Entwaffnungsfragen, die im Zusammenhang mit der Genfer Tagung im Reichskabinett besprochen wurden, gehört auch das Kriegsgerätegesetz, welches die Ausfuhr von Waffen und Waffenteilen regeln soll. Dieser Entwurf hat die Zustimmung der Regierung gefunden.

Die englische Auffassung über den Stand der deutschen Abrüstung.

Paris. Nach einer halbamtlichen Meldung aus London wird der Stand der alliierten Abrüstungsforderungen von den Engländern folgendermaßen beurteilt:

Die von der Botschafterkonferenz zuletzt aufgestellten fünf Forderungen waren folgende: Die Frage des Oberkommandos, die militärischen Vereinigungen, die östlichen Befestigungen, die Polizeiorganisation und die Kontrolle der Waffenausfuhr. Die zwei ersten Punkte habe Deutschland durch die von den Alliierten verlangten Erlasse geregelt. Was den driten Punkt betreffe, so habe Deutschland wohl die alliierten Forderungen hinsichtlich der Bestückung der Befestigungen Königsberg, Küstrin und Glogau erfüllt, dagegen aber gewisse Modernisierungen dieser Festungsanlagen vorgenommen. Deutschland stütze sich hierbei auf Artikel 180 des Versailler Friedensvertrages, der nach dem französischen Wortlaut davon spreche, daß die Befestigungsanlagen der östlichen und südlichen Grenzen Deutschlands nur in gutem Zustande erhalten werden dürften, während der englische Wortlaut, auf den sich eben die Deutschen berufen, die Auffassung zulasse, daß Deutschland das Recht habe, an seinen Befestigungsanlagen ständig Verbesserungen vorzunehmen. In London vertrete man die Ansicht, daß diese Frage dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten sei.

Was den vierten Punkt anlage, so dürfte man sich schließlich dahin einigen, daß man Deutschland eine Erhöhung von 5000 Mann des effektiven Bestandes seiner Polizei am Rhein zulassen werde, nachdem verboten worden sei, in dieser Zone Militär zu halten.

Der fünfte Punkt, die Kontrolle der Waffenausfuhr, interessiere die Engländer mehr als die Franzosen. In London sei man in dieser Beziehung der Ansicht, daß Deutschland keineswegs die Erlaubnis erhalten dürfe, Maschinen zu besitzen, die leicht für Kriegszwecke umgestellt werden könnten, und es müsse daher von alliierter Seite eine Liste jener Maschinen aufgestellt werden, die in den deutschen Fabriken zugelassen werden dürften.